



Liebe Freunde,

Alles Lüge? ...

Dimitri Medvedev schreibt bei Telegram:

Es ist ein Jahr her, dass die Sonderoperation gestartet wurde. Ein Jahr, in dem unsere Soldaten Ordnung, Frieden und Gerechtigkeit in unserem Land wiederherstellen, unser Volk schützen und die Wurzeln des Neonazismus zerstören. Sie sind Helden.

Sie werden vom ganzen Land unterstützt und versorgen die Front mit allem, was sie brauchen. Der Sieg wird erreicht werden. Wir alle wollen, dass er so bald wie möglich eintritt. Und dieser Tag wird kommen. Wir werden unsere Gebiete zurückerobern und unser Volk schützen, das in den Jahren des Völkermords und des Beschusses gelitten hat.

Und was kommt dann?

Dann wird es Verhandlungen geben, die sicher schwierig und nervenaufreibend sein werden. Vor allem, weil die formalen Verhandlungsführer auf der Seite unseres Gegners einige sind, aber die tatsächlichen Führer sind ganz anders. Und die Entscheidungen für das Kiewer Regime werden natürlich nicht von irgendeinem Zelenski, falls er noch lebt, oder seiner Clique getroffen. Die Entscheidungen werden im Ausland von denjenigen getroffen, die für die Lieferung von Waffen an Kiew und die Bereitstellung von Geld zur Aufrechterhaltung der Reste der ukrainischen Wirtschaft zuständig sind. Die Motive der Hauptfeinde unseres Landes sind klar: Russland soll so weit wie möglich geschwächt werden, um uns dauerhaft zu schwächen. Deshalb sind sie nicht an einer Beendigung des Konflikts interessiert. Aber früher oder später werden sie dies nach den Gesetzen der Geschichte tun. Und dann wird es zu einer Art von Abkommen kommen. Natürlich ohne grundsätzliche Vereinbarungen über wirkliche Grenzen oder über einen neuen Helsinki-Pakt zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa. Nur irgendeine Art von Einigung.

Dann wird wahrscheinlich eine ebenso schwierige Zeit beginnen. Erschöpfende Monate und Jahre der Konfrontation, der Hysterie und der Grobheit derjenigen, die das, was von der Ukraine übrig bleibt, regieren werden. Ihr Schicksal ist nicht zu beneiden. Sie werden das Ergebnis der Militäroperation nicht akzeptieren können, ohne ihre Hinrichtung am selben Tag zu riskieren. Die Nationalisten werden weiterhin die Kabale an der Macht kontrollieren, denn keiner von ihnen hat eine andere Ideologie als den banderistischen Neonazismus. Eine Niederlage einzugestehen ist für sie wie der Tod. Daher kann die Ideologie der "maybuthny peremogi" noch lange Zeit bestehen bleiben.

Und irgendwann werden die neuen blutigen Jungs, die sich selbst als die legale ukrainische Regierung bezeichnen, wieder einen globalen Konflikt provozieren, der von den wieder einmal zügellos gewordenen Banderowisten an die Wand genagelt wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um den Vorabend der Wahlen oder nur um einen weiteren Maidan handelt.

Das darf nicht passieren.

Deshalb ist es so wichtig, alle Ziele der speziellen Militäroperation zu erreichen. Die Grenzen der Bedrohung unseres Landes so weit wie möglich zurückzudrängen, selbst wenn es die Grenzen Polens sind. Den Neonazismus bis auf den Grund zu zerstören. Damit wir keine Zeit damit verschwenden müssen, die Überreste der Bandera-Banden in den Wäldern von Kleinrussland zu fangen. Damit die Welt ihre lang ersehnte Ruhe findet.



AKTUELLES AUS DER UKRAINE

Chinas Position zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise

1. Respektierung der Souveränität aller Länder. Das allgemein anerkannte Völkerrecht, einschließlich der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, muss strikt eingehalten werden. Die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit aller Länder muss wirksam gewahrt werden. Alle Länder, ob groß oder klein, stark oder schwach, reich oder arm, sind gleichberechtigte Mitglieder der internationalen Gemeinschaft. Alle Parteien sollten gemeinsam die grundlegenden Normen für die internationalen Beziehungen aufrechterhalten und für internationale Fairness und Gerechtigkeit eintreten. Die gleichberechtigte und einheitliche Anwendung des Völkerrechts ist zu fördern, während Doppelstandards abzulehnen sind.

2. Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges. Die Sicherheit eines Landes sollte nicht auf Kosten anderer Länder angestrebt werden. Die Sicherheit einer Region sollte nicht durch die Stärkung oder Ausweitung von Militärblöcken erreicht werden. Die legitimen Sicherheitsinteressen und -belange aller Länder müssen ernst genommen und angemessen berücksichtigt werden. Es gibt keine einfache Lösung für ein komplexes Problem. Alle Parteien sollten gemäß der Vision einer gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit und mit Blick auf den langfristigen Frieden und die Stabilität in der Welt dazu beitragen, eine ausgewogene, effektive und nachhaltige europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Alle Parteien sollten sich dem Streben nach eigener Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer widersetzen, eine Blockkonfrontation verhindern und sich gemeinsam für Frieden und Stabilität auf dem eurasischen Kontinent einsetzen.

3. Beendigung der Feindseligkeiten. Konflikte und Kriege sind für niemanden von Vorteil. Alle Parteien müssen rational bleiben und Zurückhaltung üben, es vermeiden, die Flammen zu schüren und die

Spannungen zu verschärfen, und verhindern, dass sich die Krise weiter verschlechtert oder gar außer Kontrolle gerät. Alle Parteien sollten Russland und die Ukraine dabei unterstützen, in die gleiche Richtung zu arbeiten und den direkten Dialog so schnell wie möglich wieder aufzunehmen, um die Situation schrittweise zu deeskalieren und schließlich einen umfassenden Waffenstillstand zu erreichen.

4. Wiederaufnahme der Friedensgespräche. Dialog und Verhandlungen sind die einzige praktikable Lösung für die Ukraine-Krise. Alle Bemühungen, die zu einer friedlichen Beilegung der Krise beitragen, müssen gefördert und unterstützt werden. Die internationale Gemeinschaft sollte sich weiterhin für den richtigen Ansatz zur Förderung von Friedensgesprächen einsetzen, den Konfliktparteien dabei helfen, so bald wie möglich die Tür zu einer politischen Lösung zu öffnen, und Bedingungen und Plattformen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen schaffen. China wird in dieser Hinsicht weiterhin eine konstruktive Rolle spielen.

5. Beilegung der humanitären Krise. Alle Maßnahmen, die dazu beitragen, die humanitäre Krise zu lindern, müssen gefördert und unterstützt werden. Humanitäre Maßnahmen sollten den Prinzipien der Neutralität und Unparteilichkeit folgen, und humanitäre Fragen sollten nicht politisiert werden. Die Sicherheit der Zivilbevölkerung muss wirksam geschützt werden, und es sollten humanitäre Korridore für die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus den Konfliktgebieten eingerichtet werden. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um die humanitäre Hilfe in den betroffenen Gebieten zu verstärken, die humanitären Bedingungen zu verbessern und einen schnellen, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu gewährleisten, um eine humanitäre Krise größeren Ausmaßes zu verhindern. Die Vereinten Nationen sollten bei der Koordinierung der humanitären Hilfe für die Konfliktgebiete unterstützt werden.

6. Schutz von Zivilisten und Kriegsgefangenen (POWs). Die Konfliktparteien sollten sich strikt an das humanitäre Völkerrecht halten, Angriffe auf Zivilisten oder zivile Einrichtungen vermeiden, Frauen, Kinder und andere Opfer des Konflikts schützen und die Grundrechte der Kriegsgefangenen achten. China unterstützt den Austausch von Kriegsgefangenen zwischen Russland und der Ukraine und fordert alle Parteien auf, günstigere Bedingungen für diesen Zweck zu schaffen.

7. Sicherheit von Kernkraftwerken. China lehnt bewaffnete Angriffe auf Kernkraftwerke oder andere friedliche kerntechnische Anlagen ab und fordert alle Parteien auf, das Völkerrecht, einschließlich des Übereinkommens über nukleare Sicherheit, einzuhalten und von Menschen verursachte nukleare Unfälle entschlossen zu vermeiden. China unterstützt die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) dabei, eine konstruktive Rolle bei der Förderung der Sicherheit friedlicher Nuklearanlagen zu spielen.

8. Verringerung der strategischen Risiken. Atomwaffen dürfen nicht eingesetzt und Atomkriege dürfen nicht geführt werden. Die Androhung oder der Einsatz von Atomwaffen sollte abgelehnt werden. Die Weiterverbreitung von Kernwaffen muss verhindert und eine nukleare Krise vermieden werden. China lehnt die Erforschung, Entwicklung und den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen durch jedes Land unter allen Umständen ab.

9. Erleichterung der Getreideexporte. Alle Parteien müssen die von Russland, der Türkei, der Ukraine und den Vereinten Nationen unterzeichnete Schwarzmeer-Getreide-Initiative in ausgewogener Weise vollständig und wirksam umsetzen und die Vereinten Nationen dabei unterstützen, eine wichtige Rolle in dieser Hinsicht zu spielen. Die von China vorgeschlagene Kooperationsinitiative zur globalen Ernährungssicherheit bietet eine praktikable Lösung für die globale Nahrungsmittelkrise.

10. Beendigung einseitiger Sanktionen. Einseitige Sanktionen und maximaler Druck können das Problem nicht lösen; sie schaffen nur neue Probleme. China lehnt einseitige, vom UN-Sicherheitsrat nicht genehmigte Sanktionen ab. Die betroffenen Länder sollten aufhören, einseitige Sanktionen und die "Langwaffengerichtsbarkeit" gegen andere Länder zu missbrauchen, um ihren Teil zur Deeskalation der Ukraine-Krise beizutragen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Entwicklungsländer ihre Wirtschaft ausbauen und das Leben ihrer Bevölkerung verbessern können.

11. Aufrechterhaltung der Industrie- und Lieferketten. Alle Parteien sollten sich ernsthaft für den Erhalt des bestehenden Weltwirtschaftssystems einsetzen und sich dagegen wehren, die Weltwirtschaft als Werkzeug oder Waffe für politische Zwecke zu benutzen. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen, um die Auswirkungen der Krise abzumildern und zu verhindern, dass sie die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Finanzen, Lebensmittelhandel und Verkehr stört und die weltweite wirtschaftliche Erholung untergräbt.

12. Förderung des Wiederaufbaus nach Konflikten. Die internationale Gemeinschaft muss Maßnahmen ergreifen, um den Wiederaufbau nach Konflikten in Konfliktgebieten zu unterstützen. China ist bereit, dabei

Hilfe zu leisten und eine konstruktive Rolle zu spielen.

https://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx_662805/202302/t20230224_11030713.html

Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolaj Patruschew:

Die Geschichte mit der Ukraine wurde in Washington ausgeheckt, um Techniken der Spaltung und Entzweiung einer Nation auszuarbeiten. Millionen von Menschen wird ihre russische Muttersprache verboten, damit sie ihre Herkunft vergessen. Um eigene Ambitionen zu befriedigen, vernichtet der Westen praktisch das ukrainische Volk, er zwingt die aktive Generation auf dem Schlachtfeld zu sterben und treibt den Rest der Bevölkerung in die Armut.

Bei den Ereignissen in der Ukraine handelt es sich nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Moskau und Kiew, sondern um eine militärische Konfrontation zwischen der NATO, vor allem den USA, Großbritannien und Russland. Aus Angst vor direktem Kontakt, treiben NATO-Ausbilder die ukrainischen Burschen in den sicheren Tod. In der speziellen Militäroperation befreit Russland seine Regionen von der Besatzung, um dem blutigen Versuch des Westens, das brüderliche ukrainische Volk zu zerstören, ein Ende zu setzen.

Wir befinden uns nicht im Krieg mit der Ukraine, denn wir können die einfachen Ukrainer per Definition nicht hassen. Die ukrainischen Traditionen stehen den Menschen in Russland nahe, so wie das Erbe des russischen Volkes untrennbar mit der ukrainischen Kultur verbunden ist. Und je eher die Bürger der Ukraine verstehen, dass der Westen durch ihre Hand im Krieg mit Russland steht, desto mehr Menschenleben werden gerettet.

Viele haben das längst begriffen, trauen sich jedoch aus Angst vor Repressalien dies nicht zu sagen. Es liegt nicht in den Plänen des Westens, Menschenleben auf eigene Kosten zu retten. Die Amerikaner, die Briten und andere Europäer geben sich oft der Illusion hin, dass sie die Zivilisation vor der Barbarei schützen.

Die neonazistischen Verbrecher, die in den letzten Jahren in der Ukraine gewütet haben, werden unweigerlich bestraft werden. Es ist jedoch möglich, dass die abscheulichsten von ihren Handlangern gerettet werden, um in anderen Ländern eingesetzt zu werden, auch für die Organisation von Putschen und subversiven Aufgaben. Ein solches Schema wurde bei der Niederlage von Nazi-Deutschland perfektioniert.

Quelle: <https://t.me/dimsmimov175/42496>

Selenskyj setzt Washington unter Druck: USA müssen "Söhne und Töchter in den Krieg schicken"

Mit einem melodramatischen Aufruf versucht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj die Politiker in Washington unter Druck zu setzen. Sollte die Ukraine verlieren, würden die Amerikaner ihre Söhne und Töchter in den Krieg gegen Russland schicken müssen.

Wenn es darum geht, mit melodramatischen Auftritten Stimmung für die Ukraine zu machen, zeigt sich der ukrainische Staatschef immer von seiner rhetorisch gewandten Seite. Vielleicht hilft da auch seine israelische PR-Agentur mit, die schon für den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu arbeitete. Nun, angesichts der zunehmenden Probleme durch die russische Offensive und den wachsenden Widerstand der westlichen Militärs, weitere Waffen und Munition zu liefern, weil die eigenen Bestände aufgebraucht werden, erhöht Selenskyj den Druck.

Der ukrainische Staatschef warnte während einer Pressekonferenz davor, dass die Amerikaner im Falle einer Niederlage der Ukraine "ihre Söhne und Töchter" in den Krieg mit Russland um die baltischen Staaten schicken müssten, "und sie werden kämpfen müssen", und "sie werden sterben".

Die Warnung kam, nachdem in den Vereinigten Staaten eine Debatte über die anhaltenden Waffenlieferungen an die Ukraine losgetreten wurde. Insbesondere aus den Reihen der Republikaner kommt Kritik diesbezüglich. Immerhin kostete die Unterstützung Kiews bislang mehr als 100 Milliarden Dollar.

Kritiker monieren bereits, dass die Instrumentalisierung des Krieges in der Ukraine als Kampf zwischen Demokratie und Freiheit auf der einen und Autokratie und Repression auf der anderen Seite zu einer Verhärtung der Fronten führt. Dies macht es immer schwieriger, eine Verhandlungslösung zu finden. Emotionen stehen über rationalen Argumenten, so dass sich der Krieg in die Länge zieht und eine Verhandlungslösung infolge von westlichen Maximalforderungen weiterhin nicht in Sicht ist. Doch damit erhöht sich die Zahl der Kriegsoffer tagtäglich weiter.

<https://report24.news/selenskyj-setzt-washington-unter-druck-usa-muessen-soehne-und-toechter-in-den-krieg-schicken/>

Militärs im Kreml warnen: Ukraine plant Einsatz von Chemiewaffen

372 Tage tobt bereits der Krieg in der Ukraine. Nun soll die Ukraine den Einsatz von Chemiewaffen planen – davor warnt jetzt zumindest der Kreml. Ein Zug soll demnach zur Vorbereitung bereits mehrere Behälter mit Chemikalien in die ukrainische Großstadt Kramatorsk gebracht haben.

Die Ukraine bereitet einen Angriff mit Chemiewaffen gegen die russischen Truppen vor – davor warnen nun mehrere Militärs im Kreml. Die Truppen von Wolodymyr Selenskyj haben demnach mehr als 55.000 Sätze individueller Schutzausrüstung, 55.000 Gasmasken und 13.000 individuelle Erste-Hilfe-Kästen für Gasopfer geliefert bekommen. Darüber hinaus wurde das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation darüber informiert, dass am 10. Februar 2023 ein Zug in der Ukraine (Kramatorsk) eintraf, der in einem seiner Waggons eine Ladung Chemikalien enthielt und von einer Gruppe ausländischer Staatsangehöriger begleitet wurde. "Unserer Meinung nach sind die Vorbereitungen in vollem Gange", betonte das russische Verteidigungsministerium in dem Protokoll einer veröffentlichten Einsatzbesprechung.

Ladung soll aus 16 Metallbehältern bestehen

Der Waggon wurde laut russischen Informationen abgekoppelt und auf das Gelände des Hüttenwerks Kuibyschew in Kramatorsk geschleppt, wo er unter der Kontrolle von Vertretern des ukrainischen Sicherheitsdienstes und des AFU-Kommandos entladen wurde. Die Ladung soll aus 16 versiegelten Metallbehältern bestehen, von denen acht mit einem Etikett für chemische Gefahren, einer BZ-Aufschrift und einer Kennzeichnung mit zwei roten Streifen versehen waren, die der Kategorie der kampfunfähig machenden Stoffe entsprechen. Fünf der Behälter trugen die Aufschrift "C-S-RIOT" und drei die Aufschrift "C-R-RIOT" mit einem einzelnen roten Streifen, was der Klasse von reizenden Stoffe entspricht. Die Ladung wurde auf gepanzerte Fahrzeuge aus US-amerikanischer Produktion verladen, die sich in einem Konvoi auf die Kontaktlinie zubewegten.

Elf Waggons mit Schrapnell-Munition entladen

Am 19. Februar wurden in Kramatorsk elf Waggons mit speziell gekennzeichnete Schrapnell-Munition entladen. (Eine Schrapnell-Granate ist eine Artilleriegranate, die mit Metallkugeln gefüllt ist – Anm. der Redaktion). Die Entladung fand nachts auf einer Plattform in der Vorstadt statt, und die Wagen waren mit "Baumaterial" und "Zement" gekennzeichnet.

Nach Informationen, die dem russischen Verteidigungsministerium vorliegen, hatte die US-Armee ihre Schrapnell-Granaten zuvor so aufgerüstet, dass sie mit gebrauchsfertigen, flüssigen Formulierungen von Reizstoffen geladen werden konnten.

Die Tatsache, dass gleichzeitig giftige Chemikalien und Mittel zum Schutz vor diesen geliefert wurden, zeugt

von dem Versuch, während des Konflikts groß angelegte Provokationen mit dem militärischen Kampfstoff BZ durchzuführen, so der Kreml.

Ob diese Informationen tatsächlich stimmen – oder ob es sich dabei lediglich um Propaganda handelt –, kann derzeit nicht überprüft werden.

<https://exxpress.at/militaers-im-kreml-warnen-ukraine-plant-einsatz-von-chemiewaffen/>

Nach Merkel, Hollande und Poroschenko: Auch Selensky wollte Minsker Abkommen nie umsetzen

Nach Merkel, Hollande, Poroschenko und Boris Johnson hat auch der ukrainische Präsident Selensky in einem Interview erklärt, dass er das Minsker Abkommen nie umsetzen wollte.

Ausgerechnet im Spiegel-Interview hat Selensky offen gesagt, dass er nie vorhatte, das Minsker Abkommen umzusetzen. Das habe er seinen Kollegen Merkel und Macron beim letzten Normandie-Gipfel im Dezember 2019 auch offen gesagt. Der Spiegel ist über diese Aussage jedoch genauso hinweggegangen, wie zuvor die „Zeit“ über Merkels Aussage in ihrem Interview. Ich erinnere noch einmal daran, worum es bei der Frage geht, danach kommen wir zu Selenskys Aussage im Spiegel.

Das Minsker Abkommen

Das Minsker Abkommen ist 2015 angeblich geschlossen worden, um einen Frieden im Donbass zu erreichen. Der Westen hat Russland danach acht Jahre lang vorgeworfen, Russland würde das Abkommen nicht umsetzen und erklärt, dass die Russland-Sanktionen daher nicht aufgehoben werden können. Dass das gelogen war, wird bis heute als „russische Propaganda“ bezeichnet, dabei war es von Beginn an offensichtlich, denn im Minsker Abkommen wird Russland gar nicht erwähnt und es werden darin keine Forderungen an Russland gestellt, die es erfüllen (oder nicht erfüllen) könnte. Stattdessen war es Kiew, das gegen zehn der 13 Punkte des Abkommens verstoßen hat, die Details und den Text des Abkommens finden Sie hier (<https://www.anti-spiegel.ru/2018/russland-muss-das-abkommen-von-minsk-erfullen-eine-analyse-des-abkommens/>).

Das Minsker Abkommen wurde im Februar 2015 in Minsk von Bundeskanzlerin Merkel, dem französischen Präsidenten Hollande und dem russischen Präsidenten Putin als Vermittler zwischen dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko und den Rebellen im Donbass ausgehandelt.

Heute geben alle damals von westlicher Seite Beteiligten offen zu, dass das alles gelogen war. Der Sinn des Minsker Abkommens war es nicht, einen Frieden im Donbass zu erreichen, sondern der Ukraine Zeit zur Aufrüstung für einen Krieg gegen Russland zu geben.

Der Westen wollte das Minsker Abkommen nie umsetzen

Der ehemalige ukrainische Präsident Poroschenko hat im Sommer 2022 offen gesagt, dass er nie vorhatte, das Minsker Abkommen umzusetzen, sondern dass das Abkommen der Ukraine nur Zeit für die Aufrüstung geben sollte. Und er fügte hinzu, dass das Abkommen seine Aufgabe aus dieser Warte erfüllt habe. Niemand habe vorgehabt, das Abkommen umzusetzen.

Auch Merkel hat sich ähnlich geäußert. Anfang Dezember 2022 hat sie in einem Interview mit der „Zeit“ gesagt:

„Und das Minsker Abkommen 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht. Die Ukraine von 2014/15 ist nicht die Ukraine von heute. Wie man am Kampf um Debalzewe (Eisenbahnerstadt im Donbass, Oblast Donezk, d. Red.) Anfang 2015 gesehen hat, hätte Putin sie damals leicht überrennen können. Und ich bezweifle sehr, dass die Nato-Staaten damals so viel hätten tun können wie heute, um der Ukraine zu helfen.“

Danach hat auch der ehemalige französische Präsident Hollande in einem Interview mit ukrainischen Medien

offen gesagt, dass das Minsker Abkommen Kiew nur Zeit für die Vorbereitung eines großen Krieges mit Russland geben sollte. Damit bestätigen alle westlichen Beteiligten das, was acht Jahre lang als russische Propaganda diskreditiert wurde, nämlich dass es dem Westen und der Ukraine beim Minsker Abkommen nie um einen Frieden im Donbass ging, sondern darum, die Ukraine für einen Krieg gegen Russland aufzurüsten.

Sogar der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson hat das inzwischen bestätigt. In einem Interview mit dem ukrainischen Fernsehsender Rada, dem Sender des ukrainischen Parlaments, sagte er, dass das Minsker Abkommen und auf die dessen Basis abgehaltenen Gespräche im Normandie-Format eine „diplomatische Imitation“ waren:

„Wir haben damals einige Sanktionen verhängt, wir haben diese diplomatische Imitation – den Normandie-Prozess – gestartet und nichts erreicht“

Nun auch Selensky

Der Spiegel hat Selensky interviewt und das sogar zur Titelstory seiner Ausgabe 7/2023 gemacht. In dem Interview kann man lesen:

„SPIEGEL: Sie haben aber doch selbst versucht, das Minsker Abkommen umzusetzen?“

Selenskyj: Ich bin auf diesen Zug aufgesprungen, der ehrlich gesagt bereits Richtung Abgrund fuhr. Mit »Zug« meine ich diese Vereinbarungen als Ganzes. Jeder Punkt steht für einen Waggon, und wenn du anfängst, das auseinanderzunehmen, kapiert du: Das Ganze ist so konstruiert, dass eine Seite etwas nicht erfüllen kann und die andere den Konflikt einfriert. Ich erkannte in den Vereinbarungen gar nicht den Wunsch, der Ukraine ihre Unabhängigkeit zu lassen! Ich verstehe ihren Sinn so, dass man den Appetit Russlands auf Kosten der Ukraine erst mal ein wenig stillen wollte. Aufschieben ist völlig in Ordnung in der Diplomatie. Man weiß ja nie, ob nicht ein Entscheidungsträger stirbt und alles plötzlich einfacher wird. Ich habe in diesen Vereinbarungen nur einen einzigen Sinn gesehen: Es gab dank ihnen eine offizielle Gesprächsplattform, um überhaupt irgendetwas zu lösen. Und habe mich dann auf die Frage des Gefangenenaustauschs konzentriert und dem Chef des Präsidialbüros gesagt: Andrij, lass uns das ausbauen, da geht es um Menschen. Und wenn wir einen Austausch »alle gegen alle« schaffen, schauen wir weiter. Aber was Minsk insgesamt angeht, habe ich Emmanuel Macron und Angela Merkel gesagt: So können wir das nicht umsetzen.“

Selensky hat also offen gesagt, dass er das Minsker Abkommen nicht umsetzen wollte. Das die Spiegel-Redakteure, die zur Zeit des Normandie-Gipfels 2019, von dem Selensky hier spricht, immer noch Russland beschuldigt haben, das Minsker Abkommen zu sabotieren, jedoch nicht dazu animiert, kritisch nachzufragen. Sie sind darüber einfach hinweggegangen.

Damit bestätigt nun auch Selensky, was ich schon mehrmals in der Chronologie der Ereignisse, die zur russischen Intervention in der Ukraine geführt haben, geschrieben habe. Ich zeige diese Chronologie zur Erinnerung noch einmal auf.

Die Chronologie der Eskalation

Anfang Dezember 2019 fand der letzte Normandie-Gipfel in Paris statt. Selensky kam danach zurück nach Kiew und verkündete seinen Leuten hinter verschlossenen Türen, dass er das Abkommen von Minsk nicht umsetzen wird. Allen Beteiligten in der Ukraine war damit klar, dass ein Krieg mit Russland unvermeidbar geworden war und Kiew begann mit konkreten Kriegsvorbereitungen. Das hat der Chef des ukrainischen Sicherheitsrates, Alexej Danilow, im August 2022 in einem Interview offen erzählt und auch Selensky hat das nun in dem Spiegel-Interview bestätigt.

Im Januar 2021 wurde Joe Biden US-Präsident. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Trump, der keine Eskalation in der Ukraine wollte, gab Biden Selensky grünes Licht. Daraufhin begann Selensky im Februar 2021 gegen die Opposition vorzugehen, woraufhin der Chef der größten Oppositionspartei unter Hausarrest gestellt und alle oppositionellen Medien verboten wurden.

Im März 2021 setzte Selensky die neue Militärdoktrin der Ukraine in Kraft, in der ein Krieg mit Russland mit dem Ziel festgeschrieben wurde, die Krim gewaltsam zurückzuerobern und den Konflikt im Donbass gewaltsam zu entscheiden.

Mitte April 2021 verkündete die Biden Regierung den Abzug aus Afghanistan bis zum 11. September.

Im April und Mai 2021 stand die Ukraine kurz vor einem Krieg mit Russland, wurde aber von den USA noch einmal zurückgepiffen. War der Grund, dass die US-Truppen noch in Afghanistan und damit verwundbar waren, oder dass die USA die Ukraine nicht so umfangreich unterstützen konnten, solange sie noch in Afghanistan gebunden waren?

Mitte Juni 2021 fand ein Gipfeltreffen der Präsidenten Putin und Biden statt, bei dem es aber keine Annäherung gab.

Im August 2021 fand die überstürzte Flucht der NATO- und US-Truppen aus Afghanistan statt.

Während Kiew die Situation im Donbass ab Ende 2021 wieder eskaliert hat und die NATO ihre Truppenpräsenz in der Ukraine unter dem Vorwand von Manövern und Ausbildungsmissionen erhöht hat, haben Deutschland und Frankreich das Minsker Abkommen im November 2021 offiziell beerdigt, worüber es in westlichen Medien allerdings keine Berichte gab.

Die Russland-Sanktionen wurden, wie Politico im Oktober 2022 berichtet hat, bereits mindestens ab November 2021 in Gesprächen zwischen Washington und Brüssel vorbereitet. Das war drei Monate vor dem Beginn der russischen Intervention in der Ukraine und just zu dem Zeitpunkt, als Berlin und Paris das Minsker Abkommen beerdigt haben. Dass die Abkehr vom Minsker Abkommen zum Krieg in der Ukraine führen würde, war den Entscheidungsträgern in Washington und Brüssel (und wahrscheinlich auch in Berlin und Paris) offenbar klar, weshalb sie parallel die entsprechenden Sanktionen vorbereitet haben. Afghanistan war Vergangenheit und damit hatten die USA die Hände frei für einen neuen Konflikt.

Im Dezember 2021 forderte Russland von den USA und der NATO ultimativ gegenseitige Sicherheitsgarantien und den Abzug der NATO-Truppen aus der Ukraine und erklärte, dass es im Falle einer Ablehnung gegenseitiger Sicherheitsgarantien gezwungen sei, „militärtechnisch“ zu reagieren. Damit war klar, dass Russland auf weitere Bestrebungen, die Ukraine in die NATO zu ziehen, militärisch reagieren würde. Das war der Moment, in dem allen verantwortlichen Politikern bewusst war, dass eine Ablehnung von Verhandlungen mit Russland zu einem Krieg in der Ukraine führen würde. Der Krieg und all das Elend hätte verhindert werden können, wenn die USA bereit gewesen wären, einen neutralen Status der Ukraine dauerhaft zu akzeptieren und zu garantieren.

Am 8. Januar 2022 wurde Scott Miller zum US-Botschafter in der Schweiz berufen. In einem Interview vom November 2022 erzählte er ganz offen, dass die USA „Geheimdienstinformationen über die Invasion“ gehabt hätten und er diese sofort, also Anfang Januar 2022, der Schweizer Regierung gezeigt hätte. Da die Gespräche zwischen Russland und den USA über die Frage, ob es zu Verhandlungen über die von Russland geforderten Sicherheitsgarantien kommen würde, zu diesem Zeitpunkt noch liefen, belegt die Aussage von Miller, dass die USA bereits beschlossen hatten, nicht in Verhandlungen einzutreten und sich der Folgen, nämlich der russischen Intervention in der Ukraine, in vollem Umfang bewusst waren. Miller bestätigte damit außerdem indirekt den Bericht von Politico darüber, dass die Sanktionen schon Monate vorher ausgearbeitet wurden, was Bundeskanzler Scholz und andere westliche Politiker später auch bestätigt haben, als sie sagten, dass die Russland-Sanktionen „von langer Hand vorbereitet“ waren.

Ende Januar 2022 wurde in den USA das Lend-Lease-Gesetz für die Ukraine eingebracht, über das bei seiner Einreichung in den Kongress geschrieben wurde:

„Mit diesem Gesetzentwurf wird vorübergehend auf bestimmte Anforderungen im Zusammenhang mit der Befugnis des Präsidenten, Verteidigungsgüter zu verleihen oder zu leasen, verzichtet, wenn die Verteidigungsgüter für die ukrainische Regierung bestimmt sind und zum Schutz der Zivilbevölkerung in der Ukraine vor der russischen Militärintervention erforderlich sind“

Das bestätigt ein weiteres Mal, dass die USA sich bereits auf den Krieg vorbereitet haben, während sie offiziell noch immer mit Russland über mögliche Verhandlungen über gegenseitige Sicherheitsgarantien gesprochen haben, denn das Gesetz zur Unterstützung der Ukraine gegen die „russische Militärintervention“ wurde einen Monat vor der russischen Intervention in den Kongress eingebracht.

Fast gleichzeitig mit der Einreichung des Gesetzes haben die USA und die NATO Ende Januar 2022 die von Russland vorgeschlagenen Verhandlungen über gegenseitige Sicherheitsgarantien abgelehnt.

Am 19. Februar 2022 hat Selensky auf der Münchner Sicherheitskonferenz unter dem Applaus der hochrangigen westlichen Zuhörer die atomare Bewaffnung der Ukraine angedroht. Damit war das russische Eingreifen nicht mehr zu verhindern, denn dass sich die Ukraine, die in ihrer Militärdoktrin offen einen Krieg gegen Russland vorbereitet hat, sich dazu auch noch mit Rückendeckung des Westens nuklear bewaffnen

könnte, war für Russland eine inakzeptable Bedrohung der eigenen Sicherheit.

Am 21. Februar 2022 hat Putin die Donbass-Republiken anerkannt und Beistandsabkommen mit ihnen geschlossen. In seiner Rede dazu hat Putin Kiew deutlich vor den Folgen einer weiteren Eskalation gewarnt. Kiew hat den Beschuss auf zivile Ziele im Donbass danach aber noch einmal demonstrativ erhöht.

Am 24. Februar 2022 hat Putin in einer weiteren Rede den Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine verkündet.

Am 29. März 2022 gab es bei Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau einen Waffenstillstand. Kiew selbst machte dabei den Vorschlag, die Krim als russisch anzuerkennen und eine Verhandlungslösung für den Donbass zu finden. Darüber hinaus hat Kiew zugesagt, keine ausländischen Truppen mehr in seinem Land zu stationieren und nicht NATO-Mitglied zu werden. Ein EU-Beitritt der Ukraine war hingegen möglich. Außerdem erklärte Russland als Zeichen des guten Willens, seine Truppen aus der Region Kiew abzuziehen, was westliche Medien sofort als militärische Niederlage Russlands umdeklarierten, obwohl der russische Rückzug ohne Kampfhandlungen stattgefunden hat.

Am 3. April 2022 erschienen die Meldungen von angeblichen Massakern der russischen Armee in Butscha, die sich jedoch schnell als False-Flag-Operation herausstellten. Dennoch wurde Butscha als russisches „Verbrechen“ bezeichnet und in den Medien breit behandelt, während die mögliche Verhandlungslösung, die nur Tage zuvor erreicht worden war, kein Thema in den Medien war.

Großbritannien ist ebenfalls nicht auf die erreichte Verhandlungslösung eingegangen, sondern hat der Ukraine stattdessen am 8. April 2022 Militärhilfe in Höhe von 100 Millionen Pfund für die Fortsetzung des Kampfes gegen Russland versprochen.

Einen Tag später, am 9. April 2022, reiste der britische Premierminister Johnson nach Kiew und sprach mit Selensky, der das ukrainische Angebot im Anschluss an diese Gespräche zurückzog und stattdessen verkündete, die Entscheidung müsse auf dem Schlachtfeld erfolgen.

Am 30. September 2022 hat der ukrainische Präsident Selensky Verhandlungen mit einem von Putin geführten Russland per Dekret und Strafe gestellt.

<https://www.anti-spiegel.ru/2023/nach-merkel-hollande-und-poroschenko-auch-selensky-wollte-minsker-abkommen-nie-umsetzen/>

Roadmap zum Atomkrieg: Kampfjet-Lieferungen nur noch Frage der Zeit

Die NATO scheint für die Ukraine eine Art Wunderlampe zu sein: Sie braucht nur daran zu reiben und prompt erscheinen einer oder mehrere Dschinns in Gestalt von Stoltenberg, von der Leyen oder Scholz, die ihnen alle Waffenwünsche erfüllen nach dem Motto: Das Unmögliche kommt sofort, Wunder dauern etwas länger. Kaum sind Panzerlieferungen bewilligt worden, stehen nun bereits Kampfjets an, und das Gewinde und Geziere bis zu ihrer ohnehin schon absehbaren Bewilligung gleicht dem Affentheater bis zur schlussendlichen Zustimmung zu den Panzerlieferungen bis aufs Haar.

Anstatt endlich einmal eine Grenze zu setzen, der Ukraine zu vergegenwärtigen, dass sie den Krieg nicht zum Problem der ganzen Welt machen kann oder notfalls auch über den Kopf Selenskyjs hinweg auf Moskau wegen Waffenstillstandsverhandlungen zuzugehen, hat NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Vorfeld des heutigen nächsten Treffens der Verteidigungsminister bereits angedeutet, dass eine Lieferung von Kampfflugzeugen zumindest nicht ausgeschlossen sei. Die Unterstützung für die Ukraine habe sich ebenso entwickelt wie der Krieg selbst, erklärte er in Brüssel vielsagend – und jetzt werde eben „auch über Flugzeuge diskutiert“. Nach dieser Logik dürfte dann spätestens in mehreren Monaten über atomare Mittelstreckenraketen „diskutiert“ werden.

“In einem Logistikrennen”

Die Lieferung der Kampfjets, vertröstete Stoltenberg Kiew schon einmal prophylaktisch, könne allerdings „einige Zeit dauern“. Derzeit sei es wichtiger, die Ukraine so schnell wie möglich mit den bereits zugesagten Waffen sowie Munition und Treibstoff zu versorgen. Es sei klar, „dass wir in einem Logistikrennen sind“, meinte er. Er räumte sogar ein, dass die Ukraine mehr Waffen und Munition verbrauche, als die NATO produziere. Deshalb müsse die Produktion so schnell wie möglich gesteigert werden. Dies sei, so Stoltenberg, „unabdingbar, um die Ukraine weiter zu unterstützen“. Einen anderen Daseinszweck scheint die NATO nicht mehr zu haben.

Allen Ernstes behauptete er, es sei wichtig, „dass die NATO nicht Teil dieses Konflikts ist“, als ob sie nicht bereits bis über die Ohren mit involviert sei. Weiter erging er sich in grotesken Haarspaltereien, wenn er etwa betonte, es gebe einen Unterschied zwischen einer von der NATO durchgesetzten Flugverbotszone und der Möglichkeit, dass NATO-Partner Flugzeuge liefern würden, die die Ukrainer selbst nutzten. Dies seien „zwei sehr unterschiedliche Dinge“. In Russland sieht man dies schon lange völlig anders: Bereits im Oktober hatte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow festgestellt, dass die NATO „de facto“ längst Kriegspartei sei. Nach der Zusage der Leopard-2-Lieferungen durch den rückgratlosen Olaf Scholz hatte er diese Aussage bekräftigt.

Taumeln in eine unkontrollierbare Lage

Ginge es nach dem ukrainischen Präsidenten, gäbe es diese Flugverbotszone schon längst – einschließlich dem höchstwahrscheinlich sofort eintretenden Szenario, dass NATO-Jets dann russische Flugzeuge vom Himmel holen müssten und umgekehrt. Damit wäre dann die allerletzte Schwelle zur endgültigen Eskalation überschritten. Vor einer solchen Eskalation hatte Bundeskanzler Olaf Scholz immer gewarnt, sollten nun tatsächlich auch noch Kampfjets geliefert werden: Es dürfe, so Scholz, keinen „Überbietungswettbewerb mit immer neuen Waffensystem“ geben. Genau der ist jedoch längst im Gange – abgesehen davon, dass Scholz in Kürze ohnehin wieder das genaue Gegenteil behaupten wird, dafür neue Gegebenheiten oder Sachzwänge bemühen wird und sich notfalls abermals taktisch dement stellen dürfte (Warburg lässt grüßen).

Die NATO-Mitglieder taumeln derweil in ihrer geradezu wahnhaften Ukraine-Fixierung in eine Situation, die sie immer weniger kontrollieren können. Von irgendwelchen diplomatischen Initiativen ist mit keinem Wort die Rede. Es scheint keine einzige Stimme der Vernunft mehr zu geben, die ihrer Selbstmontage noch Einhaltung gebieten kann. Vom Mythos des überlegenen Bündnisses mit hoher Schlagkraft und schier unerschöpflicher eigener Verteidigungsbereitschaft kann ohnehin keine Rede mehr sein.

<https://ansage.org/roadmap-zum-atomkrieg-kampfjet-lieferungen-nur-noch-frage-der-zeit/>

Videos, die man gesehen haben muss

Donbass | Auf der Suche nach der Wahrheit

Ein Film von Alina Lipp (Teil 1)

Wer sind diese “Separatisten” im Donbass wirklich und wie leben sie seit 2014? Erzählen die deutschen Medien wirklich nicht die Wahrheit, wie Alina Lipp behauptet? Wie hat Alina die ersten Wochen im Donbass erlebt, wer hat sie begleitet, wie hat sie sich entwickelt? Oder ist sie ein Produkt des Kremles?

Der erste Film der Trilogie der Journalistin Alina Lipp gibt Antworten auf all diese Fragen – Alina nimmt uns

mit auf ihre Reise auf der Suche nach der Wahrheit in eine der gefährlichsten Regionen – den Donbass.

Der erste Teil zeigt Aufnahmen unmittelbar vor der russischen Militäroperation, zeigt das wahre Leben vor Ort, die Tragödien, die die Menschen erlitten haben – und bis heute erleiden.

<https://neuesausrussland.com/donbass-alina-lipp-teil1/>

In meinen Rundbriefen fordere ich Dich auf auch die andere Seite zu hören, nicht nur auf das, was unsere Mainstreammedien täglich publizieren ... Der nächste Rundbrief kommt in ein paar Tagen!

Produkttempfehlungen sind Affiliate Links mit denen du mein Projekt unterstützt, indem ich im Falle eines Kaufes eine kleine Provision erhalte, und das ohne Mehrkosten für dich :-). Vielen Dank für deine Unterstützung.

Danke für Dein Interesse und Deine Zeit!

Johannes H.

[SCHNITTPUNKT:2012]

Alle Rundbriefe jetzt auf: <https://t.me/schnittpunkt2012>

Alle Rundbriefe jetzt auf: <https://survival-scout.at>

Du kannst diesen Rundbrief jederzeit abbestellen unter: schnittpunkt2012@gmail.com